

Leistungsbeschreibung zur
Ausschreibung der Beförderung von Schülerinnen und Schülern
in der Stadt Drensteinfurt vom 02.09.2026 bis 31.07.2031
und Anlage 1 des Beförderungsvertrages

1 Auftraggeber

- (1) Die Auftragsvergabe erfolgt durch die Stadt Drensteinfurt, der Bürgermeister, Fachbereich 3, Sachgebiet 3.4 Bildung, Sport & Kultur, im Folgenden Auftraggeber genannt.

2 Gegenstand der Ausschreibung, Ausführungszeitraum

- (1) Gegenstand der Ausschreibung ist die Schülerbeförderung als Schülerspezialverkehr der Stadt Drensteinfurt sowie Zusatzfahrten (Kirchen-, Schwimm- und Fahrten zu außerschulischen Orten).

Das Leistungsverzeichnis gliedert sich in die folgenden Lose:

Los 1: Fahrleistungen der Grundschule Drensteinfurt nebst Zusatzfahrten

Los 2: Fahrleistungen der Grundschule Rinkerode nebst Zusatzfahrten

Los 3: Fahrleistungen der Grundschule Walstedde nebst Zusatzfahrten

Los 4: Fahrleistungen der Teamschule Drensteinfurt nebst Zusatzfahrten

Übersichten der derzeit zu befördernden Schülerinnen und Schüler (SuS) (Stand: 28.04.2026, variabel gemäß Abs. 3) mit Adressen, Zielen, Beförderungszeiten sind als Anlagen A1 bis A4 Grundlage dieser Leistungsbeschreibung. Neben den SuS sind im Einzelfall auch Begleitpersonen zu befördern.

- (2) Folgende Rahmenbedingungen und Vorgaben sind zu berücksichtigen:

Die Beförderung erfolgt im gesamten Stadtgebiet täglich von Montag bis Freitag. Unter Berücksichtigung der Schulferien sind somit ca. 190 Beförderungstage pro Jahr abzudecken. Die Fahrzeuge müssen so eingesetzt werden, dass die Schüler rechtzeitig vor Unterrichtsbeginn ankommen. Die Fahrzeiten sollten 60 Minuten nicht übersteigen. Wartezeiten zur Abholung dürfen maximal 30 Minuten betragen. Der Auftragnehmer hat die Beförderung zuverlässig, sicher und pünktlich durchzuführen. Es ist eine Abholung an der Hofstelle oder die Einrichtung von Sammelhaltestellen möglich, sofern diese für die Kinder fußläufig sicher zu erreichen sind. Kinder, welche die Übermittagsbetreuung der OGS besuchen, müssen nachmittags nicht zurückgefahren werden.

Die Leistung ist so zu organisieren, dass gesetzliche Vorgaben eingehalten werden, Wartezeiten minimiert werden und eine sichere Beförderung gewährleistet ist. Zusatzfahrten sind auf Abruf durchzuführen und die angegebenen Tourenzahlen ergeben sich aus den Erfahrungswerten der letzten Jahre. Zusatzfahrten können bei Veränderungen auch komplett entfallen.

Nach aktuellem Stand (28.04.2026) sind folgende SuS (im Einzelfall mit zusätzlicher Begleitperson) zu befördern:

Los 1: 33 Schülerinnen und Schüler der Grundschule Drensteinfurt

Los 2: 17 Schülerinnen und Schüler der Grundschule Rinkerode

Los 3: 40 Schülerinnen und Schüler der Grundschule Walstedde

Los 4: 221 Schülerinnen und Schüler der Teamschule Drensteinfurt

(3) Veränderungen in der Schülerschaft durch Umzüge oder An- und Abmeldungen von der Schule sowie Stundenplanänderungen und Erkrankungen machen dauerhaft eine flexible Tourenplanung und Kapazitätsvorhaltung erforderlich. Stärkere Veränderungen in der Schülerschaft treten naturgemäß zum Wechsel der Schuljahre ein; dies ist zu berücksichtigen. Sämtliche Änderungen gibt die Schulverwaltung dem Auftraggeber und Auftragnehmer frühestmöglich bekannt. Veränderungen begründen weder aufgrund ihres Inhalts noch ihrer im Einzelfall unvermeidbaren Kurzfristigkeit einen Anspruch auf Schadensersatz. Die jährliche Routenplanung erfolgt durch den Auftragnehmer und ist mit dem Auftraggeber abzustimmen.

(4) Die Beförderung ist ab Schuljahr 2026/2027 zu erbringen. Die ausgeschriebene Leistung wird für zunächst fünf Jahre bis zum Ende des Schuljahres 2030/2031, d.h. zum 31.07.2031 vergeben.

(5) Der Auftraggeber ist berechtigt den Vertrag außerordentlich und ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist aus wichtigem Grund zu kündigen. Der Auftraggeber ist anstatt der fristlosen Kündigung berechtigt eine Kündigung mit einer Auslaufzeit von bis zu drei Monaten auszusprechen.

Wichtige Gründe sind insbesondere:

- (a) Der Auftragnehmer beteiligt sich an wettbewerbsbeschränkenden Absprachen (§ 1 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen).
- (b) Der Auftragnehmer erfüllt nicht seine gesetzlichen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen oder hat seine krankenversicherungspflichtigen Beschäftigten nicht bei der Krankenkasse angemeldet.
- (c) Der Auftragnehmer gewährt, verspricht oder bietet Personen, die auf Seiten des Auftraggebers mit der Vorbereitung, dem Abschluss oder der Durchführung des Vertrages befasst sind, mit Rücksicht auf ihre Zugehörigkeit zum Auftraggeber Vorteile an.

(d) Der Auftragnehmer stellt seine Leistungen ein oder es wird das Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gerichtliches Verfahren gegen ihn eröffnet oder die Eröffnung eines solchen Verfahrens wird mangels Masse abgelehnt.

(e) Der Auftragnehmer verstößt gegen die Vertragsbestimmungen, so dass es dem Auftraggeber nicht zuzumuten ist, das Vertragsverhältnis fortzusetzen; als derartige Verstöße kommen z.B. in Betracht:

- Die übernommenen Leistungen werden nicht zu dem vom Auftraggeber benannten Zeitpunkt oder nicht in der dem Vertrag entsprechenden Zeit, Art und Weise, Qualität, ausgeführt. Hierzu zählen insbesondere nicht nur die eigentlichen Beförderungsleistungen, sondern u. a. auch die Organisation der Beförderung, die Erreichbarkeit sowie rechtzeitige Übersendung korrekter Fahrpläne, sowie die Anforderungen an die Zuverlässigkeit des Fahrpersonals (§ 6 des Vertrages).

- Der Auftragnehmer erbringt die Beförderungsleistungen dauerhaft und wiederholt unpünktlich oder unzuverlässig. Eine dauerhafte und wiederholte Unpünktlichkeit liegt in der Regel vor, wenn in einem Zeitraum von drei Monaten zehn von Hundert Fahrten mehr als 15 Minuten verspätet an der Schule ankommen oder die zulässige Fahrtzeit um mehr als 15 Minuten überschritten werden. Als unpünktlich gilt auch eine Fahrt, wenn die Wartezeit nach Schulende um mehr als 15 Minuten überschritten werden.

- Es werden Arbeitskräfte ohne Arbeitserlaubnis oder Fahrpersonal ohne gültige Fahrerlaubnis zur Fahrgastbeförderung eingesetzt.
- Der Auftragnehmer kann auf Anforderung nicht nachweisen, dass er im Besitz einer gültigen Genehmigung zur gewerblichen Personenbeförderung ist.

- (6) Für den Ausfall einer Fahrt wird eine Vertragsstrafe von 150 Euro je Fahrt fällig. Die Vertragsstrafe wird auf Schadensersatzansprüche der Auftraggeberin angerechnet. Die Auftragnehmerin ist berechtigt, einen niedrigeren Schaden nachzuweisen. Die Höhe der Vertragsstrafe ist auf 15 % der jährlichen Vergütung pro Kalenderjahr begrenzt.
- (7) Die ausgeschriebenen Leistungen müssen allen gesetzlichen Vorgaben entsprechen, insbesondere der Verordnung über den Betrieb von Kraftfahrunternehmen im Personenverkehr (BOKraft, soweit anwendbar), der Straßenverkehrsordnung (StVO), der Straßenverkehrszulassungsordnung (StVZO), der Fahrzeugzulassungsverordnung (FZV) sowie der Fahrerlaubnisverordnung (FeV). Es gelten jeweils die aktuellen Fassungen.
- (8) Der Auftragnehmer hat die Fahrten zu dokumentieren und die entsprechenden Nachweise auf Anfrage vorzulegen.
- (9) Der Auftragnehmer hat die DSGVO einzuhalten.

3 Nachweis der Eignung

- (1) Bietende Unternehmen haben anzugeben, welche Leistungen der Beförderung von Kindern sie gegenwärtig durchführen oder in den vergangenen zwei Jahren durchgeführt haben. Die Angaben müssen den Leistungsumfang und den Namen des Auftraggebers enthalten. Es sind drei Leistungen anzugeben.

Sofern Referenzen vorliegen, können diese beigefügt werden. Wenn der Bietende noch keine Beförderung durchgeführt hat, ist die Fachkunde des Unternehmens durch das Dekra/TÜV Zertifikat „Sicherheit im Busbetrieb“ oder mindestens einem ISO Zertifikat der ISO-Standards 9001 (Qualitätsmanagement), 14001 (Umweltmanagement), 50001 (Energiemanagement) oder 45001 (Arbeitsschutz) nachzuweisen.

- (2) Die geforderten Nachweise sind in deutscher Sprache vorzulegen und dürfen nicht älter als sechs Monate sein. Die Verantwortung für die korrekte Übersetzung von fremdsprachlichen Nachweisen trägt das bietende Unternehmen.
 - (3) Bietende Unternehmen, die sich in einem Insolvenz- oder Vergleichsverfahren oder in Liquidation befinden oder ihre gewerbliche Tätigkeit eingestellt haben, haben dies dem Auftraggeber anzuzeigen. Dies gilt auch für die Eröffnung eines Insolvenz- oder Vergleichsverfahrens.
-

4 Angebotskalkulation, Entgelt

- (1) Der Auftragnehmer setzt die Leistungsvorgaben gemäß Beförderungsvertrag und ausgehend vom aktuellen Stand der zu befördernden SuS (Anlagen A1 und A2) in einen mit dem Angebot einzureichenden Tourenplan gemäß Anlage C um.
- (2) Eine Tour beginnt mit Aufnahme des ersten Fahrgastes und endet mit dem Ausstieg des letzten Fahrgastes. Abrechnungsrelevant sind somit ausschließlich Fahrtstrecken mit mindestens einem Fahrgast. Fahrten, die ausschließlich dem Transport von Begleitpersonen dienen, werden nicht vergütet.
- (3) Das Angebot ist auf Grundlage der Preisblätter gemäß Anlage D1 bis D4 zu erstellen. Das Angebot des Bieters gibt die eingesetzten Fahrzeuge, geplanten Touren, deren Längen und Dauer, die jeweilige Anzahl / Woche und daraus abgeleitet die Gesamtstrecke pro Woche an. Auf dieser Grundlage ist ein für alle Touren gültiger Betrag je km (netto und brutto) anzubieten und sind die sich daraus ergebenden Gesamtkosten (netto und brutto) auszuweisen. Für die Zusatzfahrten kann auch eine Wartezeit berücksichtigt werden. Wird diese in den Kilometerpreis eingerechnet, so ist der Wert mit 0 auszufüllen.
- (4) Für jede Tour ist ein Ausdruck des Routenplaners www.falk.de/routenplaner vorzulegen, der die im Angebot genannte Streckenlänge dokumentiert und den angenommenen Zeitbedarf plausibilisiert.

5 Preisanpassung und Leistungsänderung

- (1) Die Vertragsparteien können nach Maßgabe folgender Regelungen eine Anpassung der Tagespauschalpreise ab dem 01.09.2027 geltend machen:
 1. einer Veränderung der Anzahl der Schülerinnen und Schüler oder der zu fahrenden Kilometern
 2. Einer Veränderung der Kosten für die Anschaffung und den Unterhalt der Fahrzeuge
 3. Einer Veränderung der Personalkosten
- (2) Der Auftragnehmer ist berechtigt innerhalb von zwei Wochen nach Zugang der Erklärung über die Entgelthanpassung diese Vereinbarung außerordentlich zum Monatsende zu kündigen.
- (3) Die Preisanpassungen sind schriftlich oder in Textform unter Nachweis der jeweiligen Veränderungen mindestens 2 Monate vorher geltend zu machen. Im Falle eines Anpassungsbegehrens gelten die neuen Entgelte ab Beginn des übernächsten Kalendermonats, der auf den Monat der Antragstellung folgt; eine rückwirkende Anpassung ist ausgeschlossen. Eine erneute Preisanpassung ist nach einer erfolgten Preisanpassung erst wieder nach 12 Monaten zulässig und bindet beide Vertragsparteien für diesen Zeitraum. Dies gilt nicht für eine Veränderung der Anzahl der Schülerinnen oder Schüler oder der Gesamtstrecke.

Die Anpassung der Preise bezieht sich bei den Schulfahren auf die durchschnittliche Tagespauschale, bei den Sonderfahrten auf die Fahrtkosten je km und auf die Wartezeitkosten je Minute.

Erstmalig ist eine Preisanpassung 12 Monate nach Leistungsbeginn zulässig. Während dieses Zeitraumes ist eine Preisanpassung auch dann zulässig, wenn die Kosten für Anschaffung und Unterhalt im Vergleich zum Vorjahresmonat um mehr als 5 % gestiegen sind. Dies gilt nicht für eine Veränderung der Anzahl der Schülerinnen oder Schüler oder der Gesamtstrecke.

- (4) Änderungen der Anzahl der zu befördernden Schülerinnen und Schüler sowie deren Wohnorte können eine Anpassung der Routen und der eingesetzten Fahrzeuge erforderlich machen. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, Änderungen im Schüleraufkommen im üblichen Umfang ohne Anpassung zu berücksichtigen. Eine Anpassung erfolgt nur, wenn sich der Leistungsumfang wesentlich ändert.

Eine wesentliche Änderung liegt insbesondere vor, wenn sich die Anzahl der zu befördernden Schülerinnen und Schüler bei den Grundschulen (Los 1 bis 3) um mehr als $\pm 10\%$ verändert, sowie bei der Teamschule (Los 4) um mehr als $\pm 15\%$ verändert. Eine wesentliche Änderung liegt ebenfalls vor, wenn aufgrund veränderter Schülerzahlen eine Veränderung der Fahrzeuganzahl erforderlich wird, welche über die ursprünglich kalkulierte Fahrzeuganzahl hinausgeht. Die Veränderung der Tagespauschalpreise ergibt sich aus den Preisen im Preisblatt.

Bei einer Veränderung der Wegestrecke verändert sich der Tagespauschalpreis entsprechend der neuen Gesamtstrecke.

- (5) Die Änderung der Kosten für die Anschaffung und den Unterhalt der Fahrzeuge wird an die prozentuale Entwicklung des vom Statistischen Bundesamt berechneten „Kraftfahrer-Preisindex“ (CC13-80 – Kraftfahrer-Preisindex; Veröffentlichung monatlich) gebunden. Eine Preisanpassung findet in dem Umfang statt, in dem der maßgebliche Index in den vor Antragstellung veröffentlichten, letzten zwölf Monaten gegenüber dem jeweiligen Vorjahresmonat durchschnittlich gestiegen bzw. gesunken ist; maßgeblich ist die in den Monatsberichten des Statistischen Bundesamtes ausgewiesene „Veränderung in Prozent“ zum jeweiligen Vorjahresmonat.

Eine Anpassung erfasst jedoch nur den im Preisblatt des Angebots angegebenen Anteil in Höhe der Kosten für Anschaffung und Unterhalt der Fahrzeuge am Gesamtpreis.

- (6) Der Auftragnehmer kann eine Anpassung ferner dann verlangen, wenn der zum Zeitpunkt des Leistungsbeginns gültige Mindestlohn nach dem Gesetz zur Regelung eines allgemeinen Mindestlohns (Mindestlohngesetz – MiLoG) – ab dem 01.01.2026 in Höhe von 13,90 EUR/h und ab dem 01.01.2027 in Höhe von 14,60 EUR/h – oder der Tariflohn aufgrund von Tarifveränderungen des für den Dienstleister gültigen Manteltarifvertrages des Verbandes Nordrhein-Westfälischer Omnibusunternehmen e.V. (NWO) während der Vertragslaufzeit erhöht wird. Entsprechendes gilt bei weiteren Erhöhungen des Mindestlohns und eines etwaigen Branchenmindestlohnes während der Vertragslaufzeit. Einer Anpassung unterliegt jeweils ausschließlich der im Preisblatt des Angebots angegebene Anteil der Lohn- und Lohnnebenkosten am jeweiligen Pauschalpreis. Eine Anpassung erfolgt jeweils in dem Umfang, in dem der neue Mindest- oder Tariflohn relativ über dem zum Zeitpunkt des Leistungsbeginns bzw. dem zuletzt gültigen Mindest- oder Tariflohn liegt.

Veränderungen des Mindestlohns, die zum Zeitpunkt des Ablaufs der Angebotsfrist bereits von der Bundesregierung für verbindlich erklärt wurden, aber erst zum oder nach dem Leistungsbeginn wirksam werden, berechtigen nicht zur Entgeltanpassung. Anträge sind schriftlich oder in Textform zu stellen. Dasselbe gilt für Tarifierhöhungen, die zum Zeitpunkt des Ablaufs der Angebotsfrist bereits geschlossen waren, aber erst nach Leistungsbeginn wirksam werden.

Die Pauschalpreise werden ab Beginn des Kalendermonats, der auf den Monat der Antragstellung (Eingangsdatum beim Auftraggeber) folgt, frühestens jedoch ab Inkrafttreten des jeweils neuen Mindestlohns angepasst. Eine rückwirkende Anpassung ist ausgeschlossen.

6 Beförderungsvertrag

- (1) In der Anlage B1 bis B4 befinden sich Exemplare des abzuschließenden Beförderungsvertrages. Die Verträge sind, um den Namen des bietenden Unternehmens zu ergänzen und in zweifacher Ausfertigung unterschrieben zusammen mit dem Angebot einzureichen. Bei Zuschlagserteilung werden diese Ausfertigungen des Beförderungsvertrages durch den Auftraggeber unterschrieben und treten unmittelbar in Kraft.
- (2) Im Falle von Abweichungen zwischen dem Leistungsverzeichnis und dem Beförderungsvertrag ist der Beförderungsvertrag maßgeblich.

7 Unteraufträge

- (1) Es sind im laufenden Betrieb Unterauftragnehmer zulässig und der Einsatz ist dem Auftraggeber vor Fahrtbeginn anzuzeigen.
- (2) Bei der Übertragung von Teilen der Leistung auf Unterauftragnehmer verpflichtet sich der Auftragnehmer, die Unterauftragnehmer davon in Kenntnis zu setzen, dass der diesem erteilte Auftrag eine Teilleistung dieses öffentlichen Auftrags des Auftraggebers darstellt und somit sämtliche Anforderungen und Rahmenbedingungen des Basisauftrags unmittelbar gelten und einzuhalten sind.
- (3) Gegenüber dem Auftraggeber bleibt in jedem Fall allein der Auftragnehmer für die ordnungsgemäße Leistungserbringung verantwortlich.

8 Fahrzeuge

- (1) Alle eingesetzten Fahrzeuge müssen verkehrssicher und zugelassen sein, den gesetzlichen Vorschriften entsprechen, regelmäßig gewartet werden, über eine gültige Hauptuntersuchung verfügen und bei Winterwetter mit Winterreifen ausgerüstet sein.
 - (2) Das Fahrzeugalter darf 10 Jahre nicht überschreiten. Der Auftragnehmer hat die Anforderungen des Saubere-Fahrzeuge-Beschaffungs-Gesetzes (SaubFahrzeugBeschG) in der jeweils geltenden Fassung zu beachten. Auf Verlangen des Auftraggebers sind geeignete Nachweise über die Einhaltung vorzulegen.
 - (3) Jeder Grundschüler muss einen Sitzplatz erhalten. Stehplätze sind nur bei den Leistungen nach Los 4 an der Teamschule zulässig. Geeignete Haltevorrichtungen müssen für alle Kinder erreichbar sein.
 - (4) Die Fahrzeuge sind mit einer Kennzeichnung „[Routenname] oder Piktogramm im Auftrag der Stadt Drensteinfurt“ hinter der Scheibe oder außen am Fahrzeug von vorne außen lesbar zu kennzeichnen.
-

9 Personal

- (1) Die eingesetzten Fahrer müssen im Besitz der für das Fahrzeug erforderlichen Fahrerlaubnis sein, ein erweitertes Führungszeugnis ohne Eintragungen vorlegen können, über ausreichende Deutschkenntnisse verfügen und im Umgang mit Kindern geeignet sein. Ihr Verhalten hat freundlich, zuverlässig und kindgerecht zu sein. Zudem ist das Fahrpersonal gemäß der Anlage E „Verhaltenskodex für Fahrpersonal und Begleitpersonen im Schülerspezialverkehr“ zu schulen.
-

10 Organisation und Erreichbarkeit

- (1) Der Auftragnehmer hat eine feste deutschsprachige Ansprechperson zu benennen, die nicht im Fahrbetrieb eingesetzt ist. Anzugeben sind Name, Anschrift, Telefonnummer sowie E-Mail-Adresse der Ansprechperson. Bietergemeinschaften müssen eine einzige Ansprechperson benennen.
 - (2) Eine telefonische Erreichbarkeit ist an Fahrtagen ab 07:00 Uhr sicherzustellen
-

11 Ausfallmanagement

- (1) Bei Ausfällen ist sicherzustellen, dass sowohl ein Ersatzfahrzeug als auch ein Ersatzfahrer bereitgestellt werden. Der Einsatz muss innerhalb von 30 Minuten erfolgen. Der Auftraggeber ist unverzüglich zu informieren. Bei normalen Ausfällen kann die Information über das Schulsekretariat erfolgen. Bei großen Störungen mit umfangreichen Auswirkungen, Ausfällen oder Unfällen ist zusätzlich der Auftraggeber direkt zu informieren.
-

12 Rechnungsstellung

- (1) Zahlungspflichtiger und damit Rechnungsempfänger ist die Stadt Drensteinfurt, Der Bürgermeister, Fachbereich 3, Sachgebiet 3.4 - Bildung, Sport & Kultur. Abgerechnet wird der vom Auftragnehmer angebotene Pauschalbetrag je Schultag bei vollständiger und vertragsgemäßer Erfüllung der Leistungen.
 - (2) Die angebotenen Preise sind Nettopreise. Die jeweils geltende Umsatzsteuer wird entsprechend den gesetzlichen Vorschriften zusätzlich berechnet und ausgewiesen. Maßgeblich ist die Umsatzsteuer, die auf die tatsächlich erbrachte Leistung anzuwenden ist.
 - (3) Der Auftragnehmer hat bis jeweils zum 5. des Folgemonats eine prüffähige Rechnung auszustellen. Aus der Rechnung müssen die erbrachten Beförderungsleistungen pro Tag und die vereinbarten Entgelte erkennbar sein.
 - (4) Die Rechnungen sind 30 Tage nach Zugang beim Auftraggeber fällig.
-

13 Sicherheit und Haftung

- (1) Die Beförderung erfolgt unter Einhaltung aller gültigen Sicherheitsvorschriften. Der Auftragnehmer haftet für Schäden im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen.
- (2) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, während der gesamten Vertragslaufzeit eine Betriebshaftpflichtversicherung bei einem in der Europäischen Union zugelassenen Versicherungsunternehmen zu unterhalten. Die Versicherung muss folgende Mindestdeckungssummen je Schadensfall aufweisen:
 - Personenschäden: mindestens 5.000.000 €
 - Sachschäden: mindestens 2.000.000 €
 - Vermögensschäden: mindestens 100.000 €
- (3) Der Versicherungsschutz muss sämtliche aus der Durchführung der Schülerbeförderung resultierenden Risiken abdecken, insbesondere:
 - Schäden an beförderten Personen
 - Schäden durch eingesetzte Fahrzeuge
 - Schäden durch Personal des Auftragnehmers
- (4) Der Auftragnehmer hat dem Auftraggeber spätestens vor Vertragsbeginn einen entsprechenden Versicherungsnachweis vorzulegen. Der Auftraggeber ist berechtigt, während der Vertragslaufzeit jederzeit einen aktuellen Nachweis anzufordern.
- (5) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, den Versicherungsschutz während der gesamten Vertragslaufzeit aufrechtzuerhalten. Änderungen oder der Wegfall des Versicherungsschutzes sind dem Auftraggeber unverzüglich mitzuteilen.

14 Zuschlagskriterien

- (1) Der Zuschlag wird losweise oder als Gesamtauftrag auf das jeweils wirtschaftlichste Angebot (gemäß Anlage D) erteilt.

15 Anlagenverzeichnis

Anlagen A1 bis A4 Listen der Schülerinnen und Schüler (SuS)

Anlage B1 bis B4 Beförderungsvertrag (zweifach zurückgeben)

Anlage C Tourenplan-Vordruck

Anlage D1 bis D5 Preisblatt

Anlage E Verhaltenskodex Fahrpersonal

Anlage F Zusätzliche Eignungskriterien